Karl Mai
Halle, den 22.6.1999

Zur kritischen Wertung des „Vorschlags Schröder-Blair“

Inhaltsübersicht

1. Grundsätzliches: Staat und Marktwirtschaft
2. Öffentliche Schulden
3. Angebots- und Nachfragepolitik
4. Die spezifische Aufgabe des Staates
5. Steuerpolitik
6. Arbeitsmarkt
7. Die „Linke“ als Ideologie
8. Fazit

1. Grundsätzliches: Staat und Marktwirtschaft

Der parteistrategische Vorschlag Schröder-Blair (unter Federführung von Hombach) verläßt die sozialstaatliche Leitlinie des Wahlprogramms ‘98 der SPD in wesentlichen Punkten zugunsten einer einseitig-neoliberalen Verengung der Gesellschaftsstrategie - das ist m.E. ganz unbestreitbar. Dies sollte in der Öffentlichkeit nicht hingenommen werden, sondern müßte Anlaß zu einer prinzipiellen Debatte sein, besonders in allen SPD-Parteigliederungen und auf allen SPD-Parteiebenen. Der „Vorschlag“ ist übrigens offiziell zur Diskussion bestimmt, wobei im Kanzleramt kein Zweifel an seiner Durchsetzung aufkommt..

Ein Kernsatz des „Vorschlages“ lautet: „Wir unterstützen eine Marktwirtschaft, nicht aber eine Marktgesellschaft!“ Hier wird nicht nur der historische Dualismus von Markt und Staat völlig ignoriert, sondern Staat und marktwirtschaftliche Gesellschaft werden scheinbar auf die politische Dimension einer bloßen Marktwirtschaft reduziert. Gesellschafts- und speziell Sozialpolitik gehen in eine funktionelle Form der marktwirtschaftlichen Ordnungs- und Standortpflege über, die das freie globale Spiel der privaten Kapitalanleger und Manager zu gewährleisten hat.

Der neoliberale *Grundanspruch*, das Freihandelsgebot durch die „Liberalisierung des Welthandels“, wird im Rahmen der EU strikt verfochten. „Produkt-, Kapital- und Arbeitsmärkte müssen allesamt flexibel sein: Wir dürfen nicht Rigidität in einem Teil des Wirtschaftssystems mit Offenheit und Dynamik in einem anderen verbinden.“ Dies zielt eindeutig auf die Arbeitsmärkte, deren Lohntarifsystem als kartellartige „Rigidität“ betrachtet wird und daher einer marktmäßigen Lohnfindung weichen soll - ein Alarmsignal für die deutschen Gewerkschaften: Im „Bündnis für Arbeit“ ist mit einem massiven Vorstoß der anderen ‘Partner’ zur realen Bruttolohnstagnation zu rechnen.

Dies bekräftigt der folgende Satz: „Die Steuerungsfunktion von Märkten muß durch die Politik ergänzt und verbessert, nicht aber behindert werden.“ Der Unterschied zwischen einer Behinderung und einer Verbesserung wird aber durch die globalen Marktkräfte selbst definiert - keineswegs nach einem sozialen Konsens in der Gesellschaft. Am Ende steht die direkte, einseitige und unkontrollierte Unterwerfung unter die globale Marktwirtschaft und deren politischen und ideologischen Interessenvertreter: Der Staat

als Beute der internationalen oder EU-weiten Marktkräfte und ihrer wettbewerbsegoistischen sozialerosiven Intentionen.

Dabei seien „Rahmenbedingungen, unter denen ein einwandfreies Spiel der Marktkräfte möglich ist, entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg und eine Vorbedingung für erfolgreichere Beschäftigungspolitik.“ Offenbar soll suggeriert werden, daß das „ Spiel der Marktkräfte“ die sozialökologischen Qualitäten spontan absichert, im völligen *Gegensatz* zur globalen Marktrealität.

Das Ziel besteht darin, daß „der Staat die Wirtschaft nach Kräften fördert, sich aber nie als Ersatz für die Wirtschaft betrachtet.“ Die Wirtschaft nach Kräften fördern ist gleichsinnig mit einer Deutung wie z.B. „den Wirtschaftsinteressen zum maximalen Effekt zu verhelfen“. Das läuft auf eine konsequente Erfüllung der „Erwartungen“ der Kapitalanleger und der Global-Player hinaus. Deren „Stimmung“ zu erfreuen ist die permanente Aufgabe aller nationalen Wirtschaftspolitik!

Demgegenüber ist die Formel, der Staat solle sich „nie als Ersatz für die Wirtschaft betrachten“ völlig irreführend, weil der Staat die Milliarden-Summen seiner öffentlichen Aufträge direkt an die Wirtschaft vergibt und damit auch als Nachfrage- und echte Verteilungsspotenz zwangsläufig existiert. Insofern ist der Staat nicht etwa Ersatz, wohl aber *Teil* der Wirtschaft selbst.

„Ersatz“ soll hier im Strategie-Papier einen *Anspruch* des Staates negieren, die engeren Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sozialökologisch regulierend *gegen* die rigorosen destruktiven Marktkräfte zu richten. Indessen besteht im Papier keine Absicht, etwa z.B. eine nachhaltige staatliche Begünstigung globaler Kapitalinteressen zu begrenzen oder abzubauen.

Diese Konsequenz ist im Vorschlag-Text weitergeführt. Dort heißt es dann auch: “Die Ansicht, daß der Staat schädliches Marktversagen korrigieren müsse, führte allzuoft zur *über*proportionalen Ausweitung von Verwaltung und Bürokratie...“ Aber in den anderen *unter*proportionalen Fällen ist der Staatsapparat offenbar auch vom Übel. Daß der Staat aber wichtige Dienste für die Bürger leistet, die sich profitwirtschaftlich nicht refinanzieren, aber zur Funktionalität der privaten Marktkräfte elementare Voraussetzungen erbringen, fällt ganz außerhalb dieser *Engsicht.*

Somit wundert es nicht, wenn jede „Fähigkeit der nationalen Politik zur Feinsteuerung der Wirtschaft hinsichtlich der Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen“ als generell *überschätzt* hingestellt wird.. Und: „Die Schwächen der Märkte würden über- und ihre Stärken unterschätzt“. Die Praxis der staatlichen Interventionen in die Luftfahrt-, Raumfahrt-, Rüstungs-, Atom- und Elektronikindustrie und in deren Grundlagenforschung sowie auf dem Agrar- und Wohnungsmarkt werden dabei geflissentlich übersehen.

Übergangen werden auch die staatliche Subventionierung von Unternehmen in allen Formen sowie die unternehmensbezogenen Steuer- und Abschreibungsvergünstigungen - alles keine Symptome für oft „unterschätzte Marktkräfte“. Ignoriert wird völlig, daß die Unternehmen in Deutschland längst das *Doppelte* dessen an finanziellen Vergünstigungen vom Staat pro Jahr beziehen, was sie an direkten Gewinnsteuern zu zahlen belieben.

Die vorstehende Auswahl weist auf eine *Grundtendenz* des „Diskussionspapiers“ hin, die für deutsche Sozialdemokraten eine gesellschaftskonzeptionelle *Zumutung* ersten Ranges darstellt. Die neoliberale Marschrichtung ist unverkennbar und weitgehend darauf abgestellt, die *Ideologie einer Marktwirtschaft* zu generieren, die ihre sozialpolitischen Wurzeln nicht mehr aus dem Begriff „soziale Marktwirtschaft“ ableitet - dieser Begriff taucht in den leitenden oder generellen Aussagen nicht mehr auf.

Die Summe der aus diesem Papier resultierenden Detail-Vorschläge ist folglich mit gebotenem Mißtrauen zu prüfen: Versteckte Sozialdemagogie sowie direkter und verdeckter Sozialabbau als Folge und Selbstzweck *radikaler Senkung von Staatsschulden*. Hierbei tritt die SPD-Spitze nicht nur das fiskalische Erbe der Kohl-Ära an, sondern soll offenbar auch den ungeheuren Ehrgeiz in ihrer Wählerschaft

erzeugen, diese Billionen-Schulden langfristig zurückzuführen - aber *keineswegs* anteilig zulasten der Wirtschaft, die bisher alle Vorteile der hohen Staatsverschuldung schlechthin kassierte.

2. Öffentliche Schulden

„Gesunde öffentliche Finanzen sollten zum Gegenstand des Stolzes für Sozialdemokraten werden." Dies hört sich zwar als Motto gut an, läßt aber völlig offen, was „gesunde" öffentliche Finanzen eigentlich sind: Stabilisierung oder Abbau der öffentlichen Gesamt-verschuldung oder nur der Zinslast?

Welchen Anteil leisten die privaten Unternehmen an der „Gesundung" mittels ihrer laufenden Gewinnsteuern, welchen Anteil tragen die sprunghaft wachsenden großen Geldvermögen durch eine Sonderabgabe?

Außerdem: Die eskalierende Staatsverschuldung wurde in den vergangenen Jahren in der BRD ebenso wie in den USA oder in einigen europäischen Ländern auch unter konservativ-liberalen Regierungen zugelassen. Wo liegen hier die bisherigen Unterschiede zur Sozialdemokratie?

„Und Verschuldung mit dem Ziel höherer öffentlicher Investitionen, in strikter Beachtung der 'goldenen Regel', kann eine wichtige Rolle in der Stärkung der Angebotsseite der Ökonomie spielen" - der Nachfrageseite übrigens auch. Unklar bleibt, wie hier die „goldene Regel" von den SPD-Mitgliedern interpretiert werden sollte.

Wenn Staatsverschuldung stabilisiert oder zurückgeführt werden soll, dann dürfte es kaum sinngerecht erscheinen, ihre *weitere Erhöhung* mit öffentlichen Investitionen zu motivieren und zugleich fortzusetzen, ohne dies einsehbar zu begründen.

„..- während eines zyklischen Abschwungs kann es Sinn machen, die automatischen Stabilisatoren arbeiten zu lassen." Was sind eigentlich diese *Wunderwaffen* einer Konjunkturpolitik („automatische Stabilisatoren"?), gehört die Neuverschuldung dazu, und warum gibt es dann überhaupt noch derartige Zyklen?

Völlig unklar bleibt, *wer* diese „automatische Stabilisatoren" in einem zyklischen Abschwung einsetzt. Sind dies Mittel der nationalen Politik? Offenbar bildet eine gewisse „öffentliche Verschuldung" im Zyklus ein zulässiges Mittel im Sinne dieses „Vorschlages", aber die exakten Kriterien werden hierzu nicht erläutert. Die „goldene Regel" dürfte kaum an eine bestimmte Konjunkturphase gebunden sein und bedarf ebenso ihrer Erklärung

„Aber 'Defizit Spending" kann nicht genutzt werden, um strukturelle Schwächen in der Ökonomie zu beseitigen...". Immerhin werden die strukturellen Schwächen der deutschen Unternehmen seit langem mittels staatlichen Subventionen verdeckt - und wer behauptet, daß diese Summen letztlich nicht zu Defiziten geführt hätten, die über Verschuldung beglichen wurden?

„Wachsende Verschuldung stellt eine unfaire Belastung kommender Generationen dar." Dieser Satz ist zweifellos wahr - aber *vorbestehende* Verschuldung ist hierin doch wohl einbegriffen? Wenn dies so ist, dann wäre die Frage zu beantworten, ob die Schulden nicht die bloße Kehrseite großer Geldvermögen sind. Konnte man Schulden abbauen, wenn die großen Geldvermögen unbegrenzt und beschleunigt anwachsen und bequeme Zinsanlagen suchen? Dies ist das eigentliche Problem „gesunder" öffentlicher Finanzen - sie wären für die privaten riesigen Geldvermögen äußerst *ungesund.*

Wenn der schrittweise Abbau der Staatsschulden nicht aus den Einkommen und Geldvermögen der neuen Superreichen, sondern zulasten des Massenkonsums erfolgen sollte, dann sind eine extreme Differenzierung der Einkommen und eine weitere relative Verarmung unterhalb der Spitzengruppen

unvermeidbar.

3. Angebots- und Nachfragepolitik

„Angebots- und Nachfragepolitik gehören zusammen und sind keine Alternativen“ lautet ein Motto in dem „Vorschlag“. Aber dies ist für die Sozialdemokraten keine neue Erkenntnis, denn sie wurde bereits unter *Oskar Lafontaine* formuliert - allerdings mit dem Zusatz, daß die bisherige einseitige dogmatische Angebotspolitik zu überwinden sei.

Wer nun erwartet, daß die Nachfragepolitik gleichermaßen im Kontext profiliert würde, der wird enttäuscht. Gegenüber einer „exzessiven Verschuldung“ wäre hier eine *nicht*exessive Nachfragepolitik zu bestimmen - aber Fehlanzeige.

Ein wesentliches Element solcher nichtexessiver, also konformer Nachfragepolitik besteht in einer „produktivitätsorientierten Lohnsteigerung“ bei Tarifverhandlungen, auf die das letzte Wahlprogramm der SPD exakt orientierte. Dies zielte auf eine dringend erforderliche Erweiterung des Binnenmarktes durch Massenkaufkraft. Diese Orientierung ist nun im „Vorschlag Schröder-Blair“ inhaltlich und formal völlig eleminiert.

Außer einer „Verbeugung“ an die Nachfragepolitik im Sinne von „Schaffung der richtigen makroökonomischen Bedingungen“ findet man daher nur dringliche Mahnungen, die „Angebotsseite der Wirtschaft anpassungsfähig genug“ zu gestalten. Dazu seien erstickende „Regulierungen und Paragraphen“ zu beseitigen, „Rigiditäten“ abzubauen - also Staat und bürokratische Verkrustungen zu beseitigen. Letzteres gilt natürlich insbesondere für den Arbeitsmarkt, dessen vermehrte Flexibilität durchgängig gefordert wird. (siehe:Pkt. 6)

Zwar wird auch von einem „Scheinwiderspruch“ zwischen Nachfrage- und Angebotspolitik gesprochen, aber letztlich wird deren Verhältnis zueinander nicht überzeugend erklärt. Demgegenüber bleibt offen, wie der *echte Widerspruch* zwischen Abbau der enormen Staatsverschuldung und wirksamer Nachfragepolitik überwunden werden sollte.

4. Die spezifische Aufgabe des Staates

Der „neu definierten Rolle für einen aktiven Staat“ obliegt nicht die (wettbewerbswidrige) Reglementierung der Wirtschaft, sondern: „Erste Priorität muß die Investition im menschlichen und sozialen Kapital sein.“ Menschlich-soziale Teile des Kapitals bzw. die menschliche Sozietät als Kapitalfunktion. Der Staat investiert in die Bürger zwecks ihrer Verwertung in der Marktwirtschaft.

Demgemäß müssen „die Bedürfnisse der lokalen Arbeitsmärkte gedeckt werden“ - natürlich die kapitalseitigen Bedürfnisse. Beklagt werden die z.Z. bestehenden Lücken im aktuellen Arbeitskräfteangebot im Bereich moderner Technologien, deren Entstehen jedoch niemand exakt Jahre zuvor vorausgesagt hatte.

Banal liest sich dagegen: „Wo Probleme bei Lesen, Schreiben und Rechnen bestehen, müssen diese behoben werden...“. Schulische und nachschulische Aus- und Fortbildung seien arbeitsmarktorientiert zu modernisieren.

Natürlich dürfen die Kosten für berufliche Fortqualifizierung nicht nur dem Staat zugemutet werden, daher sind „Anreize zur Bildung von Sparkapital zu setzen, um die Kosten des lebenslangen Lernens bestreiten zu können“, ganz im Sinne des Grundsatzes von „höherer Eigenverantwortung“.

Trotz der Betonung von Investitionen ins Humankapital setzt der „Vorschlag“ keine Zeichen für die wachsende Rolle der Hochqualifikation, für Grundlagenforschung und für die künftige Forcierung der hochtechnologischen Innovationen im staatlichen Förderungsbereich.

Allerdings muß es als Widerspruch erscheinen, wenn vom Staat einerseits verlangt wird zu „steuern, weniger kontrollieren“, andrerseits erwartet wird, „innerhalb des öffentlichen Sektors“ „die Qualität öffentlicher Dienste zu überwachen und schlechte Leistungen auszumerzen“. Die bürokratische Selbstüberwachung bleibt bürokratisch!

Man findet im Strategie-Papier *kein* Festhalten an der grundgesetzlichen fixierten Verantwortung der Unternehmerschaft im Gemeinwesen. Eine Verpflichtung auch zur *anteilsgerechten* Mitfinanzierung der Unternehmen an den öffentlichen Leistungen des Staates ist nirgendwo ausdrücklich eingefordert. Mögen die Bürger sehen, wie sie die Finanzierungsnöte des Staates zu eigenen Lasten lösen - Unternehmen müssen vorallem wettbewerblich, d.h. auf der Kosten- und Steuerseite, im Höchtmaß entlastet und so zum „Marktsieg“ befähigt werden.

Unterläßt der Staat die ständige Verbesserung der nationalen oder regionalen harten oder weichen „Standortfaktoren“, dann gewährt im das Kapital *keine Gnade* der lokalen Niederlassung und der Ausbeutung seiner einheimischen Bewohner. Der Staat erscheint als liebedienernde Anreizmaschine für das mobile Kapital, seine Einwohner profitabel arbeiten zu lassen.

Im Hintergrund spürt man deutlich das unbändige Verlangen deutscher Politik, an die Stärke der USA-Wirtschaft heranzukommen: „..im Übergang von der industriellen Produktion zur wissensorientierten Dienstleistungsgesellschaft der Zukunft“ müssen die Sozialdemokraten „die Chance ergreifen“, die sich Europa bietet „ ... zu den Verenigten Staaten aufzuschließen.“ Na also, da haben wir den vorgezeichneten Wirtschaftswettbewerb, der sich bereits tagtäglich in den Börsen- und Dollar-Kurs-Nachrichten spiegelt.

5. Steuerpolitik

„Wir werden keine Maßnahmen unterstützen, die zu einer höheren Steuerlast führen und die Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze in der EU gefährden.“ Dieser eiserne Vorsatz neoliberaler Wirtschaftspolitik klingt wie eine *Drohung* an ihre Gegner. Es ist das Signal an die Unternehmerverbände.

Hier soll suggeriert werden, daß Steuererhöhungen in der EU die Arbeitsplätze gefährden könnten. Wodurch sind aber tatsächlich die hohen Arbeitslosenquoten in der EU in den letzten Jahren entstanstanden? Jedenfalls nicht durch Steuererhöhungen!

In der EU läuft seit Jahren ein ausgeprägter Senkungswettlauf auf nationaler Ebene für direkte Gewinnsteuern der Kapitalgesellschaften und für private Gewinnsteuern. Dies hat nicht verhindern können, daß die *Investitionsneigung* ins Realkapital zyklisch schwankt. Soll nun jedes künftige zyklische Absinken der Investitionsneigung der Unternehmen im produzierenden Bereich durch weitere Gewinnsteuersenkungen überwunden werden? Das jetzige Volumen der in der BRD erfaßten Gewinnsteuern von Unternehmen und aus „veranlagter Einkommensteuer“ tendiert bereits zu verschwindend geringen Dimensionen.

Im übrigen wird den SPD-Mitgliedern erklärt, daß sinkende Körperschaftsteuern für höhere Investitionen, damit auch für höheres Wachstum unerläßlich seien. Fakt ist jedoch, daß die deutschen Unternehmen eine hohe und steigende Quote der Eigenfinanzierung haben, über zunehmende und ausreichende freie Geldmittel (Liquidität) verfügen und darüber hinaus ein hoher Abfluß von Gewinnen aus den Unternehmen in die globale Finanzspähre erfolgt

Von den jährlich finanzierten *Brutto*investitionen der Unternehmen wird ohnehin der Hauptanteil aus den angesammelten Amortisationen entnommen. Diese Bruttoinvestitionen sind hochgradig Rationalisierungsinvestitionen, die keine neuen (Voll-)Arbeitsplätze schaffen, sondern solche laufend marktwirtschaftlich vernichten.

Der Hinweis, daß „Steuersenkungen unter den richtigen Umständen wesentlich dazu beitragen können", sozialdemokratische Ziele zu erreichen, schein eine leere Floskel zu sein. Zumindest wird nirgendwo der Vorbehalt erhoben, daß in Zeiten hoher defizitärer öffentlicher Haushaltseinnahmen diese Senkungen von direkten Steuern unter „falsche Umstände" fallen.

Auffällig bleibt m.E., daß die Frage der europäischen Angleichung von Mehrwertsteuern völlig ungenannt und in ihren Aspekten ungewertet bleibt.

6. Arbeitsmarkt

„Der Staat muß die Beschäftigung aktiv fördern und nicht nur passiver Versorger der Opfer wirtschaftlichen Versagens sein". Wessen Versagens? Marktversager im Sinne von Wettbewerbsverlieren sind die natürlichen Begleiter der Marktsieger - meist bringt ein Marktsieger viele Marktverlierer zur Strecke, darunter die meisten „überflüssigen" Arbeitnehmer.

Auch bisher war der bundesdeutsche Staat niemals nur „passiver Versorger der Opfer", wenn man von der Weltkriegsopferversorgung absieht. Selbst im System der Sozialhilfe gibt es schon inzwischen Anreize zur Erwerbstätigkeit auf kommunaler Ebene. Im System der staatlichen Arbeitsämter existierten ebenfalls längst gezielte Instrumente, Hilfen und Anreize zur neuen Erwerbstätigkeit. „Aktive Arbeitsmarktpolitik" ist inzwischen ein Begriff, der fast schon negativ besetzt wurde, weil sie dem Staatshaushalt zuviel kostet.

Wenn „die Fähigkeit, Arbeit zu finden" bisher „behindert wurde", müßte schon näher erläutert werden, auf *wen* dies zielt: von den Langzeitarbeitlosen sind ca. ein Drittel Leute ohne jede oder nur mit unzureichender Berufsqualifikation, ca. ein Drittel Leute mit körperlichen Einschränkungen und der Rest ist leider über Fünfzig Jahre alt. Alle diese Gruppen von Langzeitarbeitslosen sind schwer oder nicht mehr auf dem wettbewerbsorientierten Arbeitsmarkt vermittelbar. Eine Kürzung ihrer sozialen Alimentierung würde keinen echten volkswirtschaftlichen Leistungszuwachs erzwingen können.

Auch wenn „es einen lebenslangen Arbeitsplatz nicht mehr gibt" ist die Aussicht, sich mit „Teilzeitarbeit und geringfügiger Arbeit" abzufinden, um die „Eigenverantwortung zu fördern", wohl eher eine Zwangsfolge knapper sozialer Kassen als berechtigter ethischer Intentionen.

„Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse" sollen als „Einstiegsjobs" gefördert werden, indem sie durch Lohnsubventionen und verringerte Steuer- und Sozialabgabesätze zu einer spürbaren Senkung der Arbeitskosten der Unternehmen führen. Damit ist generell der Weg in einen Niedriglohnsektor zwecks Senkung der Arbeitskosten unter dem Deckmantel der Senkung von Arbeitslosigkeit vorgezeichnet. Das zuvor schon im „Spiegel" veröffentlichte Arbeitsmarkt-Konzept der Berater Schröders weist den Weg.

„Der Arbeitsmarkt braucht einen Sektor mit niedrigen Löhnen, um gering Qualifizierten Arbeitsplätze verfügbar zu machen." Die dadurch hingenommenen komplexen Folgen für die künftigen Familieneinkommen und die beziehbaren Sozialversicherungsleistungen werden nicht näher problematisiert. Doch woher kommen die vielen „gering Qualifizierten" in einem Land, das sich seiner Aus- und Weiterbildung rühmt?

„Zwischen dem Verlust von Arbeitsplätzen in einem Sektor und der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen

anderswo können jedoch zeitliche Lücken entstehen.“ Daher gelte es, „Probleme des Übergangs abzufedern“. Ob der Niediglohnsektor hierfür die erforderlichen Potentiale insgesamt anbieten kann, ist ungewiß. Ebenso bleibt unklar, welches Volumen an neuen Arbeitsmöglichkeiten sich dadurch *zusätzlich* eröffnen ließe, wenn man den künftigen permanenten Verlust von Arbeitsplätzen durch Rationalisierung und Produktivitätsanstieg ausdrücklich anerkennt - wie in dem „Vorschlag“, gleichzeitig aber länger bestehende hohe Arbeitslosigkeit mit Vorrang abgebaut werden soll.

Zur Lohnpolitik: „Moderne Wirtschaftspolitik strebt an, die Nettoeinkommen der Beschäftigten zu erhöhen und zugleich Kosten der Arbeit für die Arbeitgeber zu senken.“ Hier wird über die Kriterien zur Steigerung von nominalen oder realen Bruttolöhnen geschwiegen, dafür eine Erhöhung der *Netto*löhne in Aussicht gestellt: motiviert zunächst unter dem Aspekt der Senkung von gesetzlichen Lohnnebenkosten.

Damit wird die neoliberale Legende konserviert, die deutschen Arbeitskosten seien zu hoch und deswegen wettbewerbsschädigend. Die Tendenz der (west-)deutschen *Lohnstückkosten* ist aber im korrekten internationalen Vergleich durchaus positiv zu bewerten. Aus reinen wettbewerblichen Gründen besteht daher für Deutschland generell *keine* Veranlassung, die in den Arbeitskosten einbegriffenen Lohnnebenkosten radikal zu senken.

7. Die „Linke“ als Ideologie

„Das Verständnis dessen, was ‘links’ ist, darf nicht ideologisch einengen.“ Dieser Leitsatz prägt die „Vorschläge“ oder Konzepte für die veränderten Realitäten.

Dabei wird folgendes übergangen: Die Positionierung „links“ ist immer ebenso ideologisch wie eine Positionierung „rechts“ in der Politik. Insofern die Realität aus dem Blickwinkel sozialer Interessengruppen und ökonomischer Interessen betrachtet wird, entsteht auch zwangsläufig die *Ideologie* von „links“ und „rechts“ als ideeller Reflex der Bipolarität und Ambivalenz der *Verteilung des Volkseinkommens zwischen Lohn- und Gewinnquote.*

Sich nicht links ideologisch „einzuengen“ bedeutet daher praktisch, die eine Sichtweise auf die ökonomischen Interessen durch die ambivalente Sichtweise zu wechseln. Die Idee der sozialen Marktwirtschaft wird durch neoliberalen Ideologie-Verschnitt ersetzt.

„Fragen ohne ideologische Vorbedingungen angehen“ bedeutet hier jedoch im Kern, nur die *links*ideologischen Vorbedingungen aufzugeben, insofern die neoliberale Ideologie *von sich* behauptet, *keine* Ideologie zu sein, sondern bloßer Pragmatismus des Marktwettbewerbs. Dies schließt dann die rein betriebswirtschaftliche Sichtweise ein, die der einseitigen Angebotsorientierung durch Vorschläge und durch die Tat huldigt.

8. Fazit

Die neoliberale Ideologie ist eine äußerst aggressive geistige Strömung, die längst einer allseitigen Analyse unterzogen wurde. /1/

Das neue Papier von Schröder-Blair ist der Versuch, die SPD unter dieser rigorosen Marktideologie zu sammeln und geistig zu fesseln. Ein ernsthafter Versuch, die Qualitäten von sozialen und ökologischen Mindestnormen in der BRD oder in der EU als Ziel der Politik zu erhöhen oder sie nur verbindlich einzuhalten, stößt bereits als „Überregulierung“ der Märkte auf abwertende ideologische Einordnung.

Umweltpolitische Verantwortung wird dann im „Vorschlag“ auf den Hinweis zu neuen

umweltfreundliche Technologien beschränkt Über „soziale Mindestnormen“ wird nichts bezüglich ihrer qualitativen Kriterien gesagt, sie sollen aber formal „aufrechterhalten“ werden.

Die ausgeprägte Sorge besteht im „Vorschlag“ darin, daß „bestehende Unternehmen prosperieren und sich entwickeln und neue Unternehmen entstehen und wachsen können.“ Offenbar sind dem forcierten Wirtschaftswachstum keine Grenzen gesetzt, jedenfalls nicht in dem Papier Schröder-Blair.

Während die global operierenden Konzerne und die großen Finanzinstitute sich der direkten Intervention seitens der nationalen Regierungen entziehen und sich nicht mehr korrekt an der Verbesserung der „Standortfaktoren“ für das Kapital finanziell beteiligen (siehe: Steuerflucht durch Gewinnverlagerung, Subventionsmentalität, Gewinnverschleierung in Bilanzen u.a.m.), ist die Sorge der *SPD-Spitze* stark auf den nationalen Nachschub neuzugründender innovativer Unternehmen gerichtet, die dann nach ihrer staatlich geförderten „Aufzuchtphase“ in den Kreis der „Global Player“ aufsteigen sollen: *Politik für die „neue Mitte“*.

So stellt sich denn die „Modernisierungseuphorie“ als *Dauerregenerierung* der nakten Wettbewerbskraft für deutsche Unternehmen heraus, denen die soziale Lage der eigenen Arbeitnehmer wegen der resultierenden „Arbeitskosten“ ein ständiger Dorn im Auge bleibt. Kaum wird im Text des „Vorschlages“ die Einbindung des existenten Sozialniveaus prinzipiell und durchgängig so vollzogen, daß klar erkennbar würde, wofür Unternehmen oder der Staat die Finanzierung und die Verantwortung zu tragen hätten: Entsolidarisierung unter der Flagge der individuellen „Eigenverantwortung“.

Die Verschleierung der neoliberalen Stoßrichtung erfolgt dabei unter taktischem Abgesang der „zeitlosen Werte“: „Faineß, soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Chancengleichheit, Solidarität und Verantwortung für andere“ werden zitiert. Nach fortschreitendem Sozialabbau und nach Durchsetzung eines Niedriglohnsektors müßten sich jene generelle „Freiheit und Chancengleichheit“ einstellen, die dem durch die deutschen Gewerkschaften immer noch kartellierten Arbeitsmarkt bisher offenbar fehlten.

Damit ist der Nachweis für das *neoliberale Grundmuster* dieses „Vorschlages“ an die SPD-Mitglieder erbracht. Das schließt nicht aus, daß in einzelnen Details einige kritische Feststellungen im „Vorschlag“ berechtigt erscheinen können, während die neoliberalen Lösungen immer genauer zu prüfen sind.

Übrigens gewinnt man den Eindruck, daß die Zielrichtung des „Vorschlages“ nur für die *deutsche Seite* formuliert wurde und Schröder sich von Blair *neoliberale Autorität* ausleiht, um so in der SPD den „Reform“-Wandel zu erzwingen. Nirgendwo ist erkennbar, was die britische Seite von den bisherigen deutschen Erfahrungen profitieren könnte.

- Ende –

/1/ **Knappe Literaturhinweise zum Neoliberalismus:**

- Werner Kindsmüller, „Globalisierungschance“, VSA 1997
- G. Boxberger/H. Klimenta, „Die 10 Globalisierungslügen“, dtv 1998
- H. Ehrenberg, „Die große Standortlüge“, Dietz 1997
- R. Hickel, „Standortwahn und Euro-Angst“, rororo 1998
- O. Lafontaine/Ch. Müller, „Keine Angst vor der Globalisierung“, Dietz 1998
- Ph. Thureau-Dangin, „Die Ellenbogengesellschaft“, S. Fischer 1998
- J. Bruhn, „Raubzug der Manager“, Aufbau-Verlag 1998